

LEIHARBEIT

„ist eine Maschine, in die du als Schwein reingehst und als Wurst rauskommst“

Die 1.Mai- Demo heute steht unter dem DGB-Motto „Wir sind viele. Wir sind eins“. Im Aufruf heißt es weiter:

„Wir sind Junge und Alte, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner. Wir sind eins: Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit (...)“

Kämpfen? Was treibt uns dazu, zusammen in und außerhalb der Betriebe aktiv im Widerstand zu sein? Was ist es, das uns alle vereint?

Die Ausbeutung!

Das Wort wird von den Profiteuren gar nicht gerne gehört. Diese hässliche Tatsache wird am liebsten verneint, mindestens aber verschleiert und verharmlost. Wir sollen uns daran gewöhnen, sie sogar als angenehm und wünschenswert hinzunehmen.

Doch wir können uns nicht daran gewöhnen! Wir wissen aus bitterer Erfahrung, wie Ausbeutung funktioniert. Wir bekommen nicht das bezahlt, was wir tagtäglich erschufen. Es werden riesige Profite auf unsere Kosten gemacht.

Und wodurch? Durch ein ausgeklügeltes System von **Spaltung** der Beschäftigten. „In Junge und Alte, Frauen und Männer...“ (siehe Aufruf des DGB). Vor allem aber in das Heer derjenigen, die „Arbeit haben“, und das der „Arbeitslosen“. In den Betrieben selbst kennt jeder von uns die fast unendlichen Aufspaltungen in Lohn- und Gehaltsgruppen. Und das einzig und allein, um die „Personalkosten“ niedrig zu halten. Die eigentlich selbstverständliche Forderung „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**“ wird unterlaufen.

Das Drücken der Löhne geschieht vor allem durch die Schaffung eines dauerhaften, millionenstarken **Arbeitslosenheeres**. Die Betroffenen werden über die staatlichen „Agenturen“ den Besitzern der Betriebe als billigste Lohnsklaven angeboten.

Doch es kam noch schlimmer! 1972 wurde dieses Vermitteln in feste Arbeitsverhältnisse ergänzt durch das Vermitteln auf Zeit. Arbeitssuchende wurden jetzt wie Werkzeuge an die Industriebetriebe „**verliehen**“, nicht mit Hilfe der staatlichen Agenturen, sondern mit neugeschaffenen privaten Leiharbeitsfirmen. Schnell entwickelte sich eine sehr profitable Branche, das Ganze legitimiert und garniert mit einem „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“. Die „**Überlassungshöchstdauer**“ wurde auf 3 Monate festgelegt. Das ist ja gar nichts verglichen mit heute, könnte man meinen. Und doch war es ein großes, bisher noch nicht dagewesenes Geschenk an die Profitwirtschaft, weil damit das bisher gültige Verbot eines solchen privaten Sklavenhandels durchbrochen wurde.

Jetzt schnurrte die Maschine! 1985 waren es schon 6 Monate, 1994 dann 9 Monate, 3 Jahre später 12 Monate und 2002 mit der Einführung der „**Agenda 2010**“ unter SPD/Grüne wurde die Dauer auf 24 Monate und – kaum zu fassen – 2004 sogar auf unbegrenzt zugelassen.

Ein Traum der Wirtschaft wurde erfüllt. Alle politischen Kräfte inklusive „unseres“ DGB klatschten in die Hände. Die Profite begannen zu boomen wie nie zuvor. Die Industrie wurde „Exportweltmeister“, **Weltmeister im Ausbeuten**, im Aufspalten der Schuftenden. In den letzten 15 Jahren wurde neben dem Arbeitslosenheer ein neues Reservoir für billige Arbeitskräfte geschaffen: ein riesiges Heer von „**Prekär Beschäftigten**“, sprich von billigst gehandelten Sklaven in befristeten, werksvertraglichen und Leiharbeitsverhältnissen. **Allein die Zahl der Leiharbeiter ist heute auf über 1 Million angewachsen! Es sind diejenigen, die verglichen mit der Stammbeslegschaft bis zu 40% weniger für die gleiche Arbeit bekommen! Die ständig bedroht sind von Lebens- und Arbeitsunsicherheiten!**

Und nun kommt's wie immer: Es entsteht Protest, er wird öffentlich und stört. Die vorher so Begeisterten und Verantwortlichen entdecken plötzlich die erbärmlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse dieser Ärmsten der Ärmsten. Sie mimen Entsetzen über den „Wildwuchs“ und die „schwarzen Schafe“ in der Branche. Ein neues Gesetz muss her. Der Missbrauch der Leiharbeit – so die SPD mit ihrer DGB-Führung – muss unbedingt schnellstens reguliert werden. Resultat? Ab 1.4.2017 darf das billige Arbeitsvieh nur noch wieder bis zu 18 Monaten unter gewerkschaftlicher Aufsicht und Mitbestimmung verliehen werden.

„Ja aber“, empört sich vor allem die Elektro- und Metallindustrie, „18 Monate nur, das würde doch unsere Profitweltmeisterei beschneiden!“ Und schwupps setzen sich die „Sozialpartner“ von Gesamtmetall und IGM zusammen (geheim natürlich) und führen Ausnahmen ein. Überschrift bei Spiegel Online vom 19.4.2017:

„Ausnahme vom Gesetz: IG Metall stimmt Zeitarbeit bis zu vier Jahren zu!“

Ob Metaller, Chemiarbeiter oder Beschäftigter im Öffentlichen Dienst, egal wo wir gewerkschaftlich organisiert sind: Dieses Verhalten „unserer“ Gewerkschaften können wir nicht dulden!

Leiharbeit gehört verboten und nicht tariflich reguliert und damit legalisiert!

Solidarität mit den Prekär Beschäftigten, den Leiharbeitern und den Arbeitslosen!
Aufhebung der Spaltung durch

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Veranstaltungsankündigungen

Jour Fixe Gewerkschaftslinke Hamburg:

151. Jour Fixe am 3. Mai um 18 Uhr 30 im Curiohaus:

Der 2. Mai 1933 in Hamburg und der erinnerungspolitische Streit nach 1945. Referat und Diskussion vor dem Hintergrund, daß am 1. Mai Aida (Arbeitnehmerorganisation der AfD) eine Kundgebung für 2000 Menschen auf dem Gänsemarkt angekündigt hatte. (Diese Ankündigung hat die AfD jetzt zurückgezogen!)

152. Jour Fixe am 7. Juni um 18 Uhr 30 im Curiohaus:

Sebastian Friedrich, Autor des gerade erschienenen Buches "Die AfD: Analysen - Hintergründe – Kontroversen"

Kontakt : kontakt@gewerkschaftlinke.hamburg

Jour Fixe im Internet.: <http://gewerkschaftslinker.hamburg>